Ausgabe B.

Auswärts

Bezugspreis:
Erscheint wöchentlich sechsmal. -- Preis: Bei der Post geholt vierteljährlich 2.40 Mk. Durch den Briefträger oder Boten 2.82 Mk.

Christlich-nationales Tageblatt
mit der Sonntagsbeilage „Für Herz und Haus".
Herausgeber D. Jaeger.

Anzeigenpreis:
Die einspaltige Petitzeile oder deren Raum 25 Pfg., Reklamezeile 1.00 Mk. Beilagen nach vorheriger Vereinbarung. Schluß der Anzeigen-Annahme nachmittags 3 Uhr.

Nr. 173. | Bielefeld-Bethel, Sonntag, den 27. Juli 1919 | Jahrgang 1.

Sprüche 16, V. 5—9.

Ein stolzes Herz ist dem Herrn ein Greuel und wird nicht ungestraft bleiben, wenn sie sich gleich alle aneinander hängen.

Durch Güte und Treue wird Missetat versöhnt und durch die Furcht des Herrn meidet man das Böse.

Wenn jemands Wege dem Herrn wohlgefallen, so macht er auch seine Feinde mit ihm zufrieden.

Es ist besser, wenig mit Gerechtigkeit, denn viel Einkommen mit Unrecht

Des Menschen Herz erdenket sich seinen Weg; aber der Herr allein gibt, daß er fortgehe.

Wacht auf!

Den Frauen.

Wacht auf, ihr Töchter Deutschlands!—

Gibt es noch Frauen und Mädchen, die gleichgültig geblieben sind dem furchtbaren Schicksal gegenüber, das über unser Volk gekommen ist? Heilig, schwer und groß ist die Verantwortung, welche grade die Frauen jetzt zu tragen haben. Wacht auf, ihr alle, die ihr noch schlafend und träumend abseits steht! Das Vaterland braucht euch in schwerster Zeit, — jede Einzelne von Euch!

Um des Volkes Schicksal aufrecht tragen zu können, müssen Millionen deutsche Männer ihre Kräfte jetzt zusammenschweißen. Aber sie werden es nicht vermögen, sie werden die Last nicht tragen können, wenn nicht zugleich Millionen Frauen ihre Schultern mit darunter schieben.

Nicht nur das politische Wahlrecht verpflichtet die Frauen, von ganzer Seele teilzunehmen an unseres Landes Geschick. Die Liebe zur Heimat verpflichtet noch mehr! Keine harte Pflicht, sondern ein Drängen und Treiben des Herzens! Mein geliebtes Land, meine Heimat in Not!! Hier bin ich, mit glühender Seele und brennendem Herzen! Hier bin ich, mit allen Kräften. Wie kann ich helfen, wie kann ich dienen?! —

Ja, zum freiwilligen, heiligen Dienst der Liebe ruft das Land in seiner Todesnot all seine Töchter! —

Wer seine Ohren diesem Ruf verschließt, in Selbstsucht und Oberflächlichkeit, der ist nicht wert, daß deutscher Boden ihn trägt, daß deutscher Acker ihn nährt! —

Des Reiches Ruhm und Größe sank dahin, zerstückelt und machtlos findet uns der Frieden. Des Reiches Körper brach zusammen, aber es lebt des Volkes Seele. Diese Seele des deutschen Volkes, sie darf nicht sterben! Sie ist größer, als die größte Not, sie ist stärker, als das schwerste Schicksal. Wer Ohren dafür hat, der vernimmt ihr tiefes, leises Atmen auch jetzt noch. —

„Fürchtet euch nicht vor denen, die den Leib töten, und die Seele nicht mögen töten!" — Aber es heißt heute kämpfen um das Leben der deutschen Seele. —

Was ist diese deutsche Seele? Sie ist der Gottesfunken in uns, die deutsche Eigenart, das ursprünglich deutsche Wesen. Sie ist das Besondere, das der Schöpfer gerade uns gab, als er Völker und Rassen schuf. Sie ist das Beste in uns, die Wahrheit unseres Seins. —

Treue, Wahrhaftigkeit, Schlichtheit, Einfachheit, Gottvertrauen, Gottesfurcht, — das war von jeher deutsches Wesen. Solche Art lebt noch in uns, wenn auch oft verschüttet und vergraben unter fremdem, falschen Scheinwesen. Wir müssen sie hervorgraben aus Schutt und Geröll, — ein Jeder in seinem Herzen und Haus, — wir müssen dies leise Leben zu kräftigem Herzschlag wecken. — Wie schaffen wir das? In Jedem von uns lebt deutsche Eigenart, flüstert, redet und mahnt die deutsche Seele. Wenn wir wieder horchen lernen auf diese treue, innere Stimme, wenn wir ihr dann unbedingt folgen und gehorchen, ohne Menschenfurcht und falsche Rücksichten, — dann sind wir Deutsche. Es ist ja gar nicht unser wahres Wesen, unsere deutsche Art, wenn wir unzuverlässig und oberflächlich leben und handeln, wenn wir gieren nach Geld und Genuß. Fremdstoff ist das in uns, Lüge, falscher Schein. Die Tiefe der Not, in die wir geraten sind, will uns dahin bringen, daß wir einkehren in die Tiefe unseres Herzens. Wir sollen wieder deutsch werden! Damit das geschehe, müssen besonders die Frauen ihre ganze Kraft einsetzen. Sie, die Mütter deutscher Kinder, kommender deutscher Jugend, müssen auch die Mütter neuen, starken, deutschen Wesens werden! —

Wacht auf, ihr Töchter Deutschlands! Werdet euch bewußt der heiligen Pflicht an eurem Volk in schwerster Zeit! Niemand darf nur sich selber leben, jeder ist ein Glied seines Volkes. Niemand darf müßig abseits stehen, mit kaltem, gleichgültigem Herzen, — weder Mann noch Frau.

Es geht um unser Leben, es geht um unsere deutsche Seele! Kein Feind kann sie töten, wenn wir nicht wollen, daß sie stirbt. „Als die Sterbenden und siehe, wir leben!" —

Gott helfe uns! Er wecke alle tiefen, heiligen Kräfte, die Er hineinlegte in die Seele der deutschen Frau! —

M. v. B.

Die Politik Erzbergers und die vatikanischen Einflüsse.

D. E. K. Es ist ein hartes Gericht, das der jetzt zum stellvertretenden Reichsministerpräsidenten emporgestiegene Matthias Erzberger über seine zum Versailler Frieden führende Tätigkeit vom Frühjahr 1917 bis zu den Sommertagen 1919 über sich ergehen lassen muß. Der Austausch der Meinungen stößt hierbei auf eine Reihe dunkler Punkte, die dringend der Aufklärung bedürfen. Ein solcher Punkt sind die Beziehungen Erzbergers zum Vatikan und insbesondere der Einfluß des Vatikans auf die Erzbergersche Friedensentschließung vom 19. Juli 1917. Die „Germania" glaubt sich berufen, gerade in dieser Frage ein sachkundiges Wort zum Schutze Erzbergers zu reden. In Nr. 314 vom 13. Juli 1919 bestreitet sie — übrigens mit falscher Beziehung auf die „Deutsche Tageszeitung", — daß Erzbergers Haltung in der Friedensfrage irgend etwas mit vatikanischen Einflüssen zu tun habe. Das Berliner Zentrumsblatt will eine solche Auffassung nicht gelten lassen, einmal grundsätzlich nicht, weil das der „Neutralität" des Papstes widerspreche, und dann auch, weil eine solche Behauptung jeder tatsächlichen Begründung entbehre. Hier muß indes ein Fall eigener Gedächtnisschwäche oder schlechter Spekulation auf die Vergeßlichkeit anderer vorliegen. Gerade der „Germania", dem führenden Blatt des deutschen Katholizismus, dürfte doch u. a. die großzügige Aktion Erzbergers vom 13. März 1915 zugunsten des Vatikans in einem Aufruf zur Sammlung eines reichen deutschen Peterspfennigs zu politischen Zwecken in Erinnerung sein. Ihr muß das huldvolle Handschreiben Benedikts XV. an Matthias Erzberger zu Neujahr 1916 bekannt sein. Sie muß wissen, daß am 12. und 13. Februar 1917 unter der rührigen Werbearbeit Erzbergers die erste Züricher Tagung der Internationalen Katholischen Union zustandekam, die enge Fühlung mit Rom nahm und auf der die Teilnehmer in einem Ergebenheitsschreiben an den Papst gelobten, „alle ihre Kräfte in freudigem Eifer Sr. Heiligkeit zur Herbeiführung eines baldigen Friedens zur Verfügung zu stellen". Das Schreiben trug die Unterschriften der sämtlichen deutschen Zentrumsführer: Spahn, Porsch, Held, Gröber, Fehrenbach, v. Freyberg und Erzberger. Außerdem hatte Erzberger zur selben Zeit Besprechungen mit dem päpstlichen Delegaten in der Schweiz, Msgre. Marchetti. Kurz vor der Juliresolution reiste Erzberger nach München zur Besprechung mit dem neuen Nuntius und dem Faktotum der Münchener Nuntiatur, Msgr. Schioppa. Der Nuntius selbst weilte in den ersten Julitagen 1917 in Berlin. **Durch das W. T. B. ließ das Auswärtige Amt die Presse ersuchen, diesen Besuch weder zu erwähnen, noch zu besprechen.** Zu gleicher Zeit meldet der „Reichsanzeiger" die Verleihung des Roten Adlerordens an den Nuntius. Am 18. August 1917 durfte die „Münchener-Augsburger Abendzeitung" auf Grund zuverlässiger Unterrichtung erklären, daß der neue Nuntius Pacelli zwischen dem Vatikan und Berlin in der Friedensfrage vermittelte. Das alles sind Tatsachen, die die „Germania" bei Besprechung der diese Dinge kritisch beleuchtenden Schrift „Papst, Kurie und Weltkrieg", Säemann-Verlag, Berlin W 35, im Winter 1917/18 vergeblich abzuschwächen versuchte. Alle diese Vorgänge erhielten eine Bestätigung und Verstärkung durch die Verhandlungen der zweiten Tagung der Internationalen Katholischen Union zu Zürich am 29.—31. Januar 1918, wobei Erzberger und Hofrat Lammasch die Führung übernahmen und mit dem Vatikan in engste Fühlung traten. Die im Herbste 1918 erschienene Schrift „J. K. U.", Internationale Betätigungen des deutschen Katholizismus im Weltkrieg, Säemann-Verlag, Berlin W 35, gibt über diese Dinge dokumentarischen Aufschluß. Sie erbringt den Beweis, daß zwischen Rom und Berlin, und besonders zwischen Erzberger und den römischen Diplomaten Fäden gesponnen wurden, die sich im Laufe der Monate als verhängnisvolle Fallstricke für Deutschland erwiesen. Daran ändert auch nichs die immer wieder herangezogene Feststellung der grundsätzlichen „Neutralität" des Papstes. Einen beachtenswerten Beitrag zur Beurteilung dieser „Neutralität" liefert gerade in diesen Tagen das Organ der päpstlichen Staatssekretarie, die „Civiltà Cattolica", im Heft 1651 vom 5. April 1919. Auf Grund der im Archiv der Staatssekretarie befindlichen Dokumente wird dort folgendes Urteil über die Haltung des Papstes im Kriege gegeben: „Die traditionellen Sympathien und die realen Interessen des Katholizismus ließen den Papst keinesfalls einen Sieg der Mittelmächte erwünschen, wo er doch tausend Gründe hatte, die Vernichtung und Verminderung der katholischen Nationen, wie Belgien und Frankreich, zu befürchten . . . . Nicht ohne Schrecken konnte er an die Perspektive eines definitiven Sieges Deutschlands denken, eines Sieges, der den Triumph des Luthertums und des Nationalismus bedeutete." Diese Worte dürften jedem, der sehen will und darf, klar zeigen, in wessen Dienste jene standen, die über Rom zu einem für Deutschland ehrenvollen Frieden zu gelangen vermeinten.

Die Wohnungsnot und ihre Abhilfe durch die Regierung

Von E. Hartwig, Arbeitersekretär, Bethel.

Die Kriegerheimstättenherstellung wie die Erbauung von Siedlerheimen überhaupt will trotz der schreienden und brennenden Not nicht zur Tat werden. Das Bauen ist zu teuer. Die Häuser und Häuschen, die hier und da hergestellt werden, entsprechen in Ansehung der Herstellungskosten auch bei Anrechnung der Überteuerungsbeiträge durch die Regierung bei weitem nicht den Hoffnungen und Erwartungen, die hinsichtlich Wohnlichkeit, Gesundheit und Rentabilität gehegt wurden. Was fehlt uns jetzt? Was uns fehlt, ist, daß die Regierung in ein oder zwei Fällen anerkannten Fachleuten auf dem Gebiete des Kleinbauwesens, insonderheit des modernen Flachbaues, ausreichende Mittel (½ bis ¾ Millionen Mark) zur Verfügung stellt, um einmal vor aller Welt im großen durch Errichtung von Mustersiedlungen, etwa nach den Entwürfen und Plänen von Baurat Siebold in Bethel, Tausenden von Interessenten, von großen und kleinen Kommunen den Beweis von der Richtigkeit und Durchführbarkeit ihrer Bauweisen zu geben. Dadurch würde der Mut zur großzügigen Verwirklichung all der Wünsche und Hoffnungen, die auf dem Lande und in der Stadt von Hunderttausenden heimloser und schollenfremder Frauen und Männer gehegt werden, angefeuert und zur Umsetzung in die Tat veranlaßt.

An die Gesetzgeber im Reichsparlament und in den Staatsparlamenten muß von den Wählern die kategorische Forderung ergehen, daß sie auf die Regierung nach dieser Richtung hin einen Druck ausüben, daß solche Mittel zu dem genannten Zweck bereit gestellt werden. Ehe man sichs versieht, ist die sommerliche Bauzeit vorüber und der Winter wieder da. Staat und Volk, insonderheit aber die Arbeiterschaft, hat ein Interesse daran, daß endlich in größerem Maße statt Baracken wirkliche Wohn- und Heimstätten errichtet werden.

Aus der Arbeiterbewegung.

Erste Straßenwärter-Konferenz für die Provinz Westfalen.

Am Sonntag, den 20. Juli, tagte in Münster eine Delegiertenversammlung eds Zentralverbandes der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter Deutschlands (Abt. Straßenwärter) und nahm folgende Entschließung an:

„Die erste Provinzial- und Landstraßenwärter-Konferenz der Provinz Westfalen erkennt nach längeren Beratungen zu den gehörten Vorträgen an, daß die Notlage der Provinzial- und Landstraßenwärter nur durch eine größere Lohnerhöhung gemildert werden kann. Die Konferenz beauftragt die Verbandsleitung, die notwendigen Schritte zur Hebung der ungeheuren Notlage zu tun und verspricht mit aller Entschiedenheit die Geschlossenheit in der Berufsorganisation durchzuführen, da nur dadurch die Gewähr geboten wird, Gehör zu finden.

Die Versammelten erklärten einstimmig, daß der Zentralverband der Forst-, Land- und Weinbergsarbeiter (Abt. Straßenwärter) als die einzige zuständige berufliche Organisation der Provinzial- und Landstraßenwärter Deutschlands zu betrachten ist und ersuchten alle Berufskollegen, unverzüglich ihre Mitgliedschaft beim Zentralverband, Abt. Straßenwärter, Bielefeld, Gütersloher Str. 45, anzumelden.

Die Konferenz erkennt dankbar an, daß es nur der energischen Arbeit des Zentralverbandes zu danken ist, daß den Straßenwärtern der Achtstundentag zuerkannt wurde.

Den Herrn Abgeordneten der Preußischen Landesversammlung sagt die Konferenz für ihres reges Interesse zu den Straßenwärterfragen ihren besten Dank und hofft, daß diese sich auch fernerhin der Sache der Straßenwärter annehmen werden."

In der sehr lebhaften Aussprache wurde bedauert, daß manche Kreisausschüsse den berechtigten Forderungen gegenüber so wenig Entgegenkommen zeigen. Nach fünfstündiger Verhandlung wurde beschlossen, am Montag, den 21. Juli, eine Verhandlungskommission zum Herrn Landeshauptmann bezw. dessen Vertreter zu entsenden. Die Unterhändler, die Straßenwärter Anthe aus Hallenberg, Kranefeld-Halver, Röttger-Dinschede, Werner-Bochum, haben eine 1½stündige Verhandlung mit Herrn Geh. Baurat Waldeck geführt. Herr Baurat Waldeck hat, daß der Zentralverband der Provinzialverwaltung einen Tarifvertrag einreichen solle, wodurch die Verhältnire der Straßenwärter neu geregelt werden sollten.

Alle Provinzial- und Landstraßenwärter tun gut, sich ihrer Standesorganisation anzuschließen, welche dann die Regelung ihrer Verhältnisse in die Hand nimmt.

Der Frieden.

Der Kronprinz, Hindenburg und Ludendorff vor keinen Gerichtshof gestellt?

Der Korrespondent des „Daily Expreß" in Paris berichtet, daß der Kronprinz, Marschall Hindenburg und General Ludendorff nicht auf der Liste derjenigen Personen stehen, deren Auslieferung durch die assoziierten Mächte verlangt wird.

Räumung und Uebergabe.

Die interalliierte Kommission, die sich mit der Ausführung des Friedensvertrages mit Deutschland beschäftigt hat ihre Arbeiten beendet, die sich auf die Räumung und Uebergabe deutscher Gebiete beziehen. Räumung und Uebergabe kommen — außer in Schleswig wo die direkte Einigung zwischen Deutschland und Dänemark keine Schwierigkeiten bieten würde — nur im Osten in Betracht. Da der Friedensvertrag über die Räumungsfristen nichts bestimmt, müßte darüber mit der deutschen Regierung verhandelt werden sei es, daß die Verhandlungen für sämtliche Gebiete im Namen der alliierten und assoziierten Mächte geführt würden, oder daß Deutschland unmittelbar mit Polen und der Tschechoslowakei über die Räumung und Uebergabe der diesen Staaten zufallenden Gebiete sich verständigen würde. In Paris scheint man aber überhaupt nicht an Verhandlungen zu denken, sondern Deutschland die Beschlüsse der interalliierten Kommission zur Ausführung des Friedens einfach diktieren zu wollen. Die deutsche Regierung hat es bisher unterlassen, zu dieser Frage Stellung zu nehmen.

Amerikanische Vorbehalte bei der Ratifizierung.

„Times" meldet aus Newyork, daß sich die Aussichten auf eine bedingungslose Annahme des Friedensvertrages durch den Senat verschlechtert haben, und daß der Präsident bereit sei, einige Vorbehalte bei der Ratifizierung zuzugestehen. Die amerikanische Regierung habe bei den Mächten, die den Friedensvertrag zu unterzeichnen haben, angefragt, ob sie Vorbehalte des Senats anerkennen würden und ob sie in ihrer Ratifizierung Gegenvorbehalte z. B. Klauseln in der Gleichberechtigung der Rassen aufnehmen würden.

Amerikanische Vertretung in der Wiedergutmachungskommission.

Die Senatskommission für auswärtige Angelegenheiten hat Präsident Wilson mitgeteilt, daß es unstatthaft sei, vor Ratifizierung des Friedensvertrages das amerikanische Mitglied der Wiedergutmachungskommission für Deutschland zu ernennen. Präsident Wilson hat erklären lassen, daß die Anwesenheit eines amerikanischen Mitgliedes in der Kommission im Hinblick auf die wirtschaftlichen Interessen Amerikas notwendig sei.

Das an den Senat gerichtete Ersuchen des Präsidenten, sofort die amerikanischen Mitglieder für die Wiedergutmachungskommission zu ernennen, fiel jedoch anscheinend bei den republikanischen Mitgliedern auf unfruchtbaren Boden. Nach Meldungen aus London ist der Beginn der Verhandlungen der interalliierten wirtschaftlichen Kommission für 8 bis 14 Tage verschoben worden.

Der interalliierte Wirtschaftsrat.

Infolge der Entscheidung der alliierten und assoziierten Mächte wird dieser Tage ein interalliierter Wirtschaftsrat in London zusammentreten, um die wirtschaftliche Weltlage zu studieren und Maßnahmen zur Lebensmittelversorgung Europas vorzubereiten. In diesem Ausschuß wird England durch Lord Robert Cecil, Amerika durch Hoover und Frankreich durch Vilgrain vertreten sein.

Amerikanischer Lebensmittel-Kredit für Deutschland abgeschlossen.

Der deutsche Finanzagent Martin Nordegg, der sich gegenwärtig in Newyork befindet, hat mit einem großen Bankkonzern im Namen und Auftrag der Deutschen Bank eine Vereinbarung getroffen, wonach ein von der amerikanischen Regierung genehmigtes Darlehen für den Einkauf von Lebensmitteln und anderen Waren zur Verfügung gestellt wird. Deutschland erhält vorläufig einen Kredit von mindestens 100 Millionen Dollar und zwar zunächst für eine Frist von drei Monaten, die jedesmal verlängert werden kann. Deutschland muß 10 Prozent des Gesamtdarlehens in amerikanischen oder anderen Wertpapieren als Sicherheit hinterlegen. Nordegg reist demnächst nach Berlin, um mit dem Direktorium der Deutschen Bank eine Beratung abzuhalten, und wird dann wieder nach Newyork zurückkehren, um dort das jetzt erzielte Abkommen auszubauen.

Ein internationales Luftabkommen.

Der Unterausschuß für die Luftschiffahrt der Friedenskonferenz hat den Text eines internationalen Abkommens festgestellt. Der Text bedarf noch der Genehmigung des Obersten Alliierten Rates. Es wird darin vorgeschlagen, einen internationalen Ausschuß für Luftschiffahrt zu errichten, welcher aus zwei Vertretern der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Italiens und Japans, je einem Vertreter der britischen Dominions und Indiens und einem Vertreter jedes anderen vertragschließenden Staates bestehen soll. Von den übrigen Bestimmungen ist zu erwähnen, daß jeder Staat vollständige und ausschließliche Souveränität im Luftgebiet, über seinem Land- und Wassergebiet haben wird. Weiter erlaubt jeder vertragschließende Staat dem anderen freien Durchgang durch sein Luftgebiet. Weitere Bestimmungen regeln die technische Seite der Frage der Luftschiffahrt.

Die rheinische Frage.

Verhandlungen über die rheinische Republik.

Auf Veranlassung der preußischen Regierung begannen am Mittwoch im Düsseldorfer Rathaus unter dem Vorsitz des preußischen Ministerpräsidenten Hirsch die Besprechungen über die Frage der rheinischen oder rheinisch-westfälischen Republik. Die Konferenz sollte bereits am 6. oder 7. Juli in Düsseldorf stattfinden, mußte aber damals abgesagt werden. An den Verhandlungen nahmen ungefähr 150 Herren teil. Unter diesen befanden sich der Kommandierende General des 7. Armeekorps Freiherr von Watter mit mehreren Offizieren, der Oberpräsident der Rheinprovinz von Groote, Generalsuperintendent Klingemann, Vertreter der Regierung, der provinzialen Verwaltungen, die Bürgermeister von zahlreichen rheinischen Städten, Vertreter der Landgemeinden, der Großindustriellen, der Landwirtschaft und der freien Berufe, außerdem waren mehrere Abgeordnete der Einladung gefolgt.

Ministerpräsident Hirsch wies, wie die Düsseldorfer Nachrichten melden, in seiner Eröffnungsrede darauf hin, daß die rheinische Frage eine der wichtigsten und bedeutendsten Fragen für Preußen und für Deutschland darstellt. Bei der Zusammenberufung der Konferenz habe man sich nicht darauf beschränkt, nur Gegner des Planes einzuladen, sondern auch Anhänger dieses Gedankens, damit auch diese Kreise ihre Ansichten mitteilen könnten. Nicht auf bestimmte Bevölkerungsschichten habe man sich beschränkt, sondern Angehörige aller Berufe und Bevölkerungsschichten geladen. Die Stellung der Staatsregierung sei bekannt. Sie habe mehr als einmal erklärt, daß sie Gegner eines solchen Planes sei. Nicht nur im preußischen, sondern auch im deutschen Interesse stehe sie nach wie vor auf diesem Standpunkt.

Im Anschluß daran erörterte Assessor Becher das Programm, das für die Aussprache aufgestellt worden ist. Die Angelegenheit soll nach verschiedener Richtung erörtert werden, wobei in einzelnen Gruppen die politische, wirtschaftliche und kulturelle Seite der Frage besprochen werden soll. An eine Abstimmung ist nicht gedacht. Ob die Frage in Ausschüssen weiter verhandelt werden soll, wird der Versammlung überlassen.

Oberbürgermeister Adenauer (Köln) betonte, daß die Frage vielfach falsch behandelt worden sei. An eine Unternehmung, wie sie von Dorten und Genossen in Wiesbaden durchgeführt worden sei, denke im Rheinlande kein anständig denkender Mensch. Man dürfe aber nicht verkennen, daß die Lage des Rheinlandes überaus schwierig sei, was man natürlich vielfach nicht wüßte. Notwendig sei, das deutsche Einheits- und Zusammengehörigkeitsgefühl zu stärken. Er stehe nicht an, zu erklären, daß die Regierung einheitlich sein müsse. Notwendig sei ein autoritatives Deutschland mit erstarkten Provinzen.

Die weitere allgemeine Aussprache brachte keine wesentlich neuen Gesichtspunkte. Es ergriffen nahezu 50 Redner das Wort, um fast durchwegs die Frage nach der kulturpolitischen und konfessionellen Seite gegen oder für eine Trennung zu betrachten. Nur in einigen einzelnen Fällen wurde auf die wirtschaftliche Bedeutung der Angelegenheit hingewiesen.

Oberbürgermeister Jarres-Duisburg richtete die dringende Bitte an alle Rheinländer, die gehegte Absicht einer Trennung zu begraben. Generalsuperintendent Klingemann-Koblenz erklärte, in evangelischen Kreisen habe man über angebliche Mißstimmung der Rheinländer über die Zugehörigkeit zu Preußen nichts bemerkt. Die evangelische Kirche sei

---

Mein Pfarrhausgarten im Frühling.

Wie wenn Gottes heil'ger Engel Wache an der Pforte hält,
Wie ein stilles, sanftes Eden in der leidzerwühlten Welt,
Ist der Garten meines Pfarrers, wenn der Abendsonne Glanz
Auf den grünbelaubten Zweigen spielt, wie auf dem Lorbeerkranz.

Kleine Bäume voller Blüten, schneeweiß, zart, der Unschuld Bild,
Sind, von Himmelslicht umwoben, wie in Purpurgold gehüllt.
Auf dem leuchtend grünen Rasen, mitten in der Frühlingspracht
Sitzt wie träumend eine Eule, jene Königin der Nacht;

Hält den ausgespannten Fittich ständig wie zum Flug bereit,
Weil ihr Junges in dem Wipfel der Kastanie nach ihr schreit.
Weil man anderswo den Vogel dunkler Nacht verfolgt, ihm flucht,
Hat er in dem Pfarrhausgarten Schutz und Sicherheit gesucht.

Immer, wenn im Weltgetriebe müde Seelen sich verirrt,
Wenn sie haltlos, ohne Hoffnung, vom Vergnügungskelch verwirrt,
Noch den Weg zur Rettung suchten, fanden sie die rechte Bahn
Und die Lebenstür, durch Christus ihnen freundlich aufgetan.

Und in all dem grünen Schimmer lächelt mild des Himmels Blau
Auf die edle Gottesperle einer rechten Pfarrerfrau.
In dem Weinberg ihres Königs, im Bewußtsein heil'ger Pflicht,
Glänzt ihr reines, klares Auge wie des Himmels Sonnenlicht!

Gleich dem Gärtner, der des Vaters Blumen sorgsam pflegt, begießt,
Sorgend, daß im Himmelsgarten alles wächst, gedeiht und sprießt,
Wie die frisch erschloss'ne Rose in der Jugend schönster Kraft,
Fleißig meines Pfarrers Tochter unter ihren Blümlein schafft! — —

Und ich seh' des Kirchturms Spitze in dem Abendrot erglüh'n! — —
Ist's nicht, als ob Siegesklänge um das Kreuz melodisch zieh'n? —
Predigend die ew'ge Liebe, die des Himmels Höh'n entstammt,
Übt der treue Seelenhirte der Versöhnung hehres Amt.

Christus, Schirmherr Deiner Kirche, hast dem Volk, das Dir vertraut,
Einen Tempel der Anbetung in dem Trübsalstal erbaut!
Mag Verläst'rung sie umbranden in der gottvergess'nen Zeit,
Strahlet doch im Glanz des Friedens Deiner Kirche Herrlichkeit!

Charlotte Fischer.

Volkswirtschaftliches.

☽ **Berlin**, 24. Juli. (Börse.) Die Börse schenkte den Projekten des Reichsfinanzministers heute weniger Aufmerksamkeit als am gestrigen Tage, ebenso fand die Programmentwicklung des Kabinetts Bauer mit ihren Sozialisierungsplänen keine besondere Beachtung. Deutsche Kriegsanleihe stellte sich auf 83⅞ Prozent.

☽ **Berlin**, 24. Juli. (Warenmarkt.) Inkarnatklee Raygras, Knaulgras 196, Getreidestroh 7,50—9, neues Heu 16 bis 20, Kleegen 23—25, Zuckerschnitzel 73, Trockenschnitzel 53, Schilfrohrhäcksel 14, Dörrgemüse 45, Lupinenkleie 46 bis 48, Melassefutter 3.

☽ **Der Rückgang des Sterlingkurses.** Der englische Nahrungsmittelkontrolleur Robert sagte in einer Ansprache über die Aussichten für den nächsten Winter, daß es zwar auf der Welt genügend Lebensmittel gebe, daß man aber sehr hohe Preise zu zahlen haben wird. Die Weltlage richte sich gegenwärtig gegen England. Das Pfund Sterling sei heute auf 4¼ Dollar herabgedrückt und an maßgebender Stelle habe er erfahren, daß innerhalb einer Woche das Pfund auf 4 Dollar herabgehen würde.

Soziales.

+ **Die Transportarbeiter-Internationale.** Der von dem internationalen Transportarbeiter-Kongreß, der im April in Amsterdam tagte, ernannte Ausschuß zur Ausarbeitung der neuen Satzungen der Transportarbeiter-Internationale hat beschlossen, für den 10. November und die folgenden Tage einen internationalen Kongreß nach Christiania einzuberufen, der sich hauptsächlich mit den neuen Statuten befassen wird. Bisher haben sich dem neuen internationalen Transportarbeiterbund der deutsche, englische, österreichische, schwedische und belgische Transportarbeiterbund angeschlossen, ferner die deutschen Eisenbahnerorganisationen, die schwedische Eisenbahnerorganisation und die holländische Organisation der Transportarbeiter und der Eisenbahner. Der Anschluß der englischen, spanischen, österreichischen und französischen Eisenbahnerorganisationen und der französischen Transportarbeiterverbände steht so gut wie sicher für die nächste Zeit bevor.

Kleine Nachrichten.

* Das Weimarer Kriegsgericht verurteilte den Rädelsführer des letzten Putsches, Feldwebel Schwarz, zu 15 Jahren Zuchthaus, zwei Landesjäger zu 5 Jahren Gefängnis, die übrigen zu längeren Gefängnisstrafen.

* Das Ostseebad Heringsdorf kann in diesem Sommer auf sein hundertjähriges Bestehen zurückblicken.

* In Scherbda bei Eisenach wurde die Ehefrau des Windmüllers Schmidt während der Abwesenheit ihres Mannes durch Erdrosselung, Stichwunden und Hammerschläge im Kuhstall ermordet. Die Mörder raubten Geld, Speck und andere Nahrungsmittel.

* Die Arbeiterschaft in Celle ist in den allgemeinen Ausstand getreten, um dadurch die Zurücknahme der Regierungstruppen zu erzwingen.

* Die Versammlung der englischen Berg-, Transport- und Eisenbahnarbeiter erklärte mit 212 gegen 11 Stimmen die Bereitwilligkeit zu einem allgemeinen Streik.

* Die französische Besatzung der Rheinpfalz wird während der Friedensperiode aus zwei Divisionen bestehen, deren eine ihren Hauptstandort in Dürkheim, die andere in Landau haben wird.

bei einer Trennung in einer sehr bedrängten Lage, wenn ihr Zusammenhang mit der evangelischen Landeskirche verloren gehe.

Der preußische Kultusminister Haenisch führte in einer längeren Rede aus, leider hätten die Ausführungen einiger Kölner Herren davon überzeugt, daß der Gedanke der selbständigen rheinischen Republik immer noch mit seltener Hartnäckigkeit verfolgt werde. Er würde es für außerordentlich bedauerlich halten wenn der Beschluß, den die Nationalversammlung gefaßt hat, daß Anträge auf Bildung eines rheinisch-westfälischen Freistaates erst nach zwei Jahren gefaßt werden dürfen, so aufgefaßt werden würde, als müßte diese Zeit nun zu schärfster Agitation für die Republik ausgenutzt werden. Das Woltswohl des Rheinlandes würde auf das schwerste gefährdet werden. Es könnte den Rheinlanden nichts Schlimmeres zustoßen, als wenn die zwei Jahre ausgefüllt würden von einer politischen Agitation. Dann würden wir nicht mehr zur Arbeit und Ruhe kommen, die wir so dringend nötig brauchen.

*

Außerdem machte Kultusminister Haenisch einem Mitarbeiter der „Düsseldorfer Nachrichten" eine Reihe von Ausführungen, in denen er die rheinische Frage als die wichtigste für Preußen und das Reich bezeichnete. Die Begründung, daß durch die Loslösung der Rheinlande zu einem Einheitsstaat zu kommen ist, könne er nicht als richtig anerkennen. Der Einheitsstaat werde im Laufe der Jahre kommen, und zwar nicht durch einen gesetzgeberischen Akt, sondern einfach dadurch, daß das Reich nach und nach eine große Einrichtung nach der anderen übernimmt. Es stehe durchaus im Bereiche der Möglichkeit, daß über kurz oder lang die ganze Justizverwaltung auf das Reich übergehe. Jedenfalls seien bereits Bestrebungen nach dieser Richtung im Gange. Ein weiteres Moment für den Einheitsstaat sei auch darin zu erblicken, daß Preußen sein Uebergewicht über die anderen Bundesstaaten nicht mehr hat. Zum Schluß erklärte der Minister, daß die Regierung bereit sein werde, durch kluge Auswahl der Beamten und entsprechende Maßnahmen frühere Fehler auf diesem Gebiete wieder gut zu machen und zu vermeiden.

Die Sperrfrist.

Die „Kölnische Volkszeitung", das führende Zentrumsorgan des westlichen und südlichen Deutschland, bespricht die von der Nationalversammlung beschlossene Sperrfrist des Artikels 18 der Reichsverfassung bei Widerspruch gegen die Ablösunsbestrebungen. Folgende Sätze des Blattes sind beachtenswert: Auch das beschlossene Kompromiß wird nach all unseren Erfahrungen und Beobachtungen an dem Zustand der Dinge im Rheinlande wenig ändern. Die Dinge entwickeln sich dort, wie auch in Weimar betont wurde, mit Naturnotwendigkeit, und was der gute Wille der Gegner des rheinischen Gliedstaates nicht freiwillig geben wird, das wird der eherne Zwang der Verhältnisse schaffen; so oder so. Wir glauben nicht, daß es praktisch bei diesen zwei Jahren Sperre bleiben kann. Wer aber die Verhältnisse übersieht, kann nur wünschen, daß trotz Sperrfrist das Rheinproblem doch Gestalt gewinne. Dies geschieht durch uns selbst und unsere Vertreter, nicht durch Verhältnisse, die außerhalb unserer Macht liegen.

Revolution in Kroatien.

Heftige Kämpfe zwischen Kroaten und Serben.

Wie das ungarische Korrespondenzbureau aus Agram meldet, ist in Kroatien die Revolution ausgebrochen. Das Heer ist in Auflösung begriffen, jede Disziplin hat aufgehört, die Soldaten verlassen ihre Truppen. Die Offiziere und Unteroffiziere haben ihre Dienstabzeichen heruntergerissen. In Warasdin und Agram kam es zu großen Unruhen, die noch fortdauern. Von Zsakathurn nach dem Süden hin ruht jeder Eisenbahn-, Telegraphen- und Telephon-Verkehr. Man sucht die kroatischen Revolutionäre durch serbisches Militär, das überall zusammengezogen wird, niederzuhalten. In mehreren Orten kam es zu blutigen Zusammenstößen zwischen Serben und Kroaten. Weitere Meldungen besagen, daß die kroatischen Soldaten in verschiedenen Städten die selbständige kroatische Republik ausgerufen haben.

Blutige Kämpfe in Marburg.

Die Grazer Blätter berichten über eine Militärrevolte eines großen Teiles der südslawischen Garnison von Marburg, die unter Rufen „Los von Serbien!" ihre Unzufriedenheit mit dem serbischen Regime und ihre Erbitterung über die zwangsweisen Einrückungen ausdrückte. Zurückzuführen sei die Revolte auf eine von slowenischen und kroatischen Soldaten zahlreich besuchte sozialdemokratische Versammlung, in der ein Redner unter allgemeiner Zustimmung für die republikanische Staatsform Südslawiens eintrat. Zahlreiche Versammlungsteilnehmer wurden verhaftet, wodurch der langverhaltene Unmut der slowenischen und kroatischen Soldaten zum Ausbruch kam. Am Dienstag kam es zu erbitterten Kämpfen, welche sich an der Drau weiter entwickelten. Bisher wurden 30 Tote und viele Verwundete gemeldet.

Nach einer Grazer Meldung der „Zeit" nahm an dem Aufruhr in Marburg nahezu die ganze Garnison teil. Die wilde Schießerei, bei der außer Gewehren auch Maschinengewehre und Handgranaten verwendet wurden, forderte nach dieser neueren Meldung mehr als 100 Tote und mehr als 200 Verletzte. Schließlich wurden die Serben von den Kroaten aus der Stadt verdrängt.

*

Das ungarische Korrespondenzbüro will den Vorgängen einen bolschewistischen Charakter geben. Die Vorbehalte, mit denen die ungarischen Nachrichten aufgenommen werden müssen, brauchen nicht erst in Erinnerung gebracht zu werden. Aber die Ereignisse, die aus Steiermark gemeldet werden, die Kämpfe zwischen Kroaten und Serben, zeigen, wie schwierig die Verhältnisse des neuen südslawischen Staates geworden sind. Es ist höchstwahrscheinlich, daß es nicht leicht sein werde, die serbische Herrschaft in Agram aufzurichten. Daß die Verhältnisse so brüchig sind, dankt man nur der Pariser Friedenskonferenz. Staaten werden willkürlich zusammengekoppelt und blinde Gebilde entstehen. Die jetzige Krise des südslawischen Staates wird vorübergehen, aber sie ist ein Vorbote künftiger Zeiten.

Die Nationalversammlung.

— Weimar, 24. Juli.

Planwirtschaft und Landarbeiterstreik.

Die mit großer Spannung erwartete politische Aussprache wurde zunächst zurückgestellt und vorerst die Interpellation der Rechtsparteien über die Planwirtschaft verhandelt.

Der Hamburger Groß-Kaufmann Abg. Wittmoefft (D. Vp.) begründete die Interpellation im Namen der beiden Rechtsparteien. Bei Verwirklichung der sogenannten Planwirtschaft, auf die die Regierung bereits verzichtet habe, würde das freie Wollen zum schwersten Nachteil für die Wiederaufrichtung des Handels und der Industrie ausgeschaltet. Der freie Handel sei ein gutfunktionierender Regulator der Preisverhältnisse, er werde den Preiswucher verhindern und unsere Valuta verbessern. Was unser Staat brauche, sei eine disziplinierte Truppe zur Aufrechterhaltung der Ordnung, Arbeit, durch die allein wir wieder hochkommen, gesunde Finanzen und Sparsamkeit, gerechte Steuern, freie Entfaltung der gesamten Wirtschaft, Zwangsbestimmungen nur noch für Brot und Fleisch, Aufhebung aller Kriegs- und Zwangsgesellschaften, Sozialisierung mit Maß, Schutz den Auslandsdeutschen.

Der neue Reichswirtschaftsminister Schmidt erklärte eine vollkommene Freiheit des Handels und Verkehrs bei den heutigen Zuständen für unmöglich. Sobald das Gesamtinteresse es einigermaßen zulasse, sollen die Einschränkungen aufgehoben werden. Die Ausfuhr unbeschränkt zu gestatten, gehe bei der gegenwärtigen Preislage und dem Stande der Valuta nicht an. Namentlich dürfen keine Rohstoffe ausgeführt werden, für die im eigenen Lande ein außerordentlicher Bedarf vorhanden ist. Dagegen wolle er die Ausfuhr von Luxusartikeln und solchen, die wir im Lande entbehren können, oder deren Rohstoffe wir im Lande haben, nach Möglichkeit fördern, auch die Einfuhr bedürfe einer gewissen Kontrolle. Ganz frei könne die Einfuhr für Fertigfabrikate nicht werden, denn deren Konkurrenz würde unsere eigene Industrie in ihrem Leben gefährden. Unsere wichtigste Aufgabe bleibe die Hebung der Kohlenproduktion, die zweite wichtige Aufgabe sei die Neuordnung des Güterverkehrs, die aber bei einem durch fortgesetzte Streiks und Unruhen gestörten Betriebe unmöglich sei.

Es folgten die Interpellationen Dr. Heinze (D. Vp.) und Arnstadt (Deutschnat.) betr. den

Landarbeiterstreik.

In ihrer Begründung wandte sich Abg. Dusche (D. V.) u. a. gegen den preußischen Landwirtschaftsminister, der sich bei Gelegenheit des Landarbeiterstreiks als Minister gegen die Landwirtschaft erwiesen habe.

Abg Behrens (Dnatl.) verlangte von der Regierung Ermöglichung für die Arbeitgeber, den Arbeitern die Naturallöhne auszuzahlen und Freiheit der Landarbeiter hinsichtlich ihrer eigenen Erzeugung, ferner Förderung des Tarifvertragswesens, Ausbau der Spruchkammern der Schlichtungsausschüsse, Vertragsprüfungsstellen, Landarbeitsgerichte ähnlich den Gewerbegerichten

Reichsarbeitsminister Schlicke schob die Schuld daran, wenn die Landarbeiter sich verhetzenden Agitatoren soweit zugänglich zeigen, denjenigen zu, die in früheren Jahren es verhindert haben, daß der Landarbeiter sich gewerkschaftlich organisieren und politisch aufklären konnte An Vorbeugungsmaßregeln sei ein Erlaß herausgegeben worden, der den wilden Kündigungen der Landarbeiter vorbeugen soll: es seien Beratungen im Gange zum Ausbau der Befestigung des Tarifwesens, insbesondere in der Richtung, daß in Bezug auf Deputat und Lohn sowie Arbeitszeit klare Bestimmungen getroffen und Prüfungsstellen und Schlichtungsinstanzen eingesetzt werden; endlich seien Verhandlungen im Gange, inwieweit eine Haftung einzutreten hat für den Vertragsbruch, und zwar nicht nur seitens der Arbeitnehmer, vor allen Dingen auch seitens der Arbeitgeber In keinem Falle sei jedoch etwa beabsichtigt, das Streikrecht irgendwie anzutasten oder einzuschränken.

Auf Vorschlag des Präsidenten Fehrenbach wurde die Besprechung der Interpellationen mit der politischen Aussprache verbunden.

Abg. Krätzig (Soz.) erkundigte sich nach dem Staatsgerichtshof, der endlich die zur Verantwortung ziehen soll, die all dieses Elend verschuldet hätten. Weiterhin verlangte er eine großzügige Sozialpolitik, Erhöhung der Versicherungsrenten, Mutterschaftsversicherung, Versorgung der Opfer des Krieges, Hebung der landwirtschaftlichen Produktion und Schutz der lebenswichtigen Betriebe gegen die Gewalt.

Gegen 2 Uhr vertagte das Haus die weitere Beratung auf Freitag.

Deutsches Reich.

Die Offiziersentschädigung.

Der Haushaltsausschuß der Nationalversammlung beschloß auf Antrag der Sozialdemokraten mit 15 gegen 13 Stimmen, daß die Offiziersentschädigung im Sinne des Offiziersentschädigungsgesetzes nur im Falle der Bedürftigkeit erfolgen soll.

Bevorstehender Eintritt der Demokraten in die Reichsregierung.

Wie dem Berliner Lokalanzeiger von seinem Weimarer Berichterstatter gemeldet wird, nehmen innerhalb der demokratischen Partei die Bestrebungen an Stärke zu, die darauf hinzielen, eine Vereinigung der demokratischen Partei mit der Regierungspartei zur Bildung eines neuen Regierungsblockes herbeizuführen.

— Auf Einladung der Reichsregierung sind Vertreter des künftigen Freistaates Danzig unter Führung des Danziger Bürgermeisters in Weimar eingetroffen, um ünsche und Anregungen im Zusammenhang mit der bevorstehenden Loslösung Danzigs vom Reich vorzubringen.

— Prinz Max v. Baden teilt der „Frankf. Ztg." gegenüber Meldungen über seine angebliche Flucht mit, daß er seit dem 21. Juni in Salem ist, das er seither nicht verlassen hat.

— Die aus Parlamentariern und Wissenschaftlern zusammengesetzte Kommission des schweizerischen Bundesrats beschloß nach Prüfung der bundesrätlichen Botschaft mit 19 gegen 3 Stimmen den Eintritt der Schweiz in den Völkerbund zu empfehlen.

— Das amerikanische Pazifikgeschwader, das kürzlich nach dem Stillen Ozean abfuhr, hat Gegenbefehl erhalten und ist nach den mexikanischen Gewässern unterwegs.

*

:: **Botschafter Graf Wedel gegen Erzberger.** In den „Hamburger Nachrichten" nimmt der bisherige Botschafter in Wien Graf Wedel zu der viel erörterten Mission Herrn Erzbergers in Wien im April 19117 Stellung. Graf Wedel nimmt Bezug auf eine der „Deutschen Allgemeinen Zeitung" von besonderer Seite zugegangenen Zuschrift. In diesem gegen Helfferich gerichteten Verteidigungsartikel Erzbergers war gesagt, Erzberger hätte bei seiner Wiener Reise, die er auf Grund eines äußerst pessimistisch gehaltenen Berichtes des Grafen Czernin über die Lage in Oesterreich im Auftrage Bethmanns unternahm, in Wien erreicht, daß überstürzte Friedensschritte des Kaisers Karl und des Grafen Czernin unterblieben. Demgegenüber betont Graf Wedel, daß die Dinge doch gänzlich anders gelegen haben. Wie er gehört habe, bestreite Herr v. Bethmann, Herrn Erzberger Mitteilungen aus dem Bericht des Grafen Czernin gemacht zu haben. Er bestreitet desgleichen, Herrn Erzberger nach Wien gesandt zu haben. Später habe sich herausgestellt, daß Erzberger den streng geheimen Bericht, der übrigens wegen seiner Uebertreibungen nicht den gewünschten Eindruck im deutschen Hauptquartier gemacht habe, selbst in Händen hatte und ihn in einer Versammlung vertraulich verwendete. Das Geheimnis habe diesen Kreis durchbrochen und seinen Weg nach Paris gefunden. Der Inhalt des Berichtes habe die Entente, die gerade im Begriff gestanden habe, die Frage eines Verständigungsfriedens zu erwägen, in ihrer Siegeszuversicht bestärkt und veranlaßt, den Verständigungsgedanken fallen zu lassen.

:: **Einsetzung einer pfälzischen Regierung?** Aus Ludwigshafen wird der „Frankf. Ztg." gemeldet: Die vorläufige Regierung der Pfalz soll demnächst proklamiert werden Nach der Konstituierung der Republik und der Herbeiführung der Anerkennung bei sämtlichen Staaten will sie zurücktreten. Es soll dann ein „Pfälzischer Volksrat" durch allgemeine Wahlen gebildet werden. — Der erste Versuch der Franzosen, die Pfalz nach ihren Wünschen zu organisieren, ist bekanntlich im Mai arg fehlgeschlagen. Nun soll der zweite Schlag folgen. Hoffentlich hat er ebensowenig Erfolg wie der erste.

:: **Die Sozialisierung der Ilseder Hütte.** Um die durch den Friedensvertrag erschwerte Versorgung der deutschen Eisenhütten mit Erzen nach Möglichkeit sicherzustellen, ist, wie Ministerpräsident Bauer in der Nationalversammlung ausführte, die Ueberführung der reichen Erzlager des Ilseder-Peiner Bezirkes in Reichsbesitz in Aussicht genommen. Ein entsprechender Gesetzentwurf wird dem Staatenausschuß und der Nationalversammlung noch in diesen Tagen zur Beschlußfassung zugehen. Es handelt sich hier um die Ilseder Hütte, deren große Erzlager sich in Hannover, und zwar in den Erzgruben Bülten-Adenstedt (mit Tagebau und Tiefbau), Lengede-Bodenstedt, Georg-Friedrich (bei diesen nur mit Tagebau) befinden. Seit dem Jahre 1907 betreibt die Ilseder Hütte auch bei Isernhagen die Gewinnung von Brauneisenstein.

:: **Freie Volksabstimmung?** Mit dem dänischen Dampfer „St. Thomas" trafen in Kopenhagen aus Frankreich 335 deutsche Kriegsgefangene nordschleswiger Abstammung ein. Es werden ihnen zu Ehren verschiedene Festlichkeiten stattfinden. In einigen Tagen werden sie nach Nordschleswig weiter befördert und bei der kommenden Volksabstimmung ihre Stimme zugunsten der Abtretung Nordschleswigs an Dänemark abgeben. Weitere Transporte deutscher Kriegsgefangener aus den alliierten Ländern nach Nordschleswig sind in nächster Zeit zu erwarten. — Auch die Saardeutschen sucht man durch „bevorzugte" Behandlung für die Lostrennung von Deutschland zu gewinnen. Auf persönliche Verwendung des obersten Verwalters des Saargebietes haben die in Elsaß-Lothringen gegenwärtig wohnenden Saardeutschen eine Begünstigung zu gewärtigen, indem die Liquidationen der Saardeutschen in Elsaß-Lothringen bis auf weiteres verschoben worden ist.

Rundschau im Auslande.

Luxemburg: Die Besetzung Luxemburgs.

‡ Die Amerikaner haben Luxemburg endgültig verlassen und sind in die Heimat zurückgekehrt. Weil mehrfach mit Unruhen gedroht worden war, für den Fall, daß die Amerikaner ablehnen sollten, erwartete der Gemeinderat von Esch Militär zum Schutz der Escher Hüttenanlagen. Der ursprüngliche Plan, einige hundert Mann Amerikaner zu diesem Zwecke zurückzubehalten, wurde aufgegeben und zwei Kompagnien Franzosen diese Mission übertragen. Diesen liegt jetzt speziell der Schutz der Gelsenkirchener Werke ob.

Frankreich: Clemenceaus Kampfansage gegen den Linksradikalismus.

‡ Ueber die Verhandlungen in der Deputiertenkammer liegen jetzt etwas ausführlichere Berichte der Lyoner Zeitungen vor. Sie bestätigen, daß Clemenceau am Schluß die Frage der Neuwahlen in die Wagschale geworfen hat, und daß demgegenüber die ganze Frage der Lebensmittelteurung zurückgetreten war. Clemenceau hat in unzweideutiger Weise seinen Entschluß bekundet, an der Spitze der Regierung zu bleiben, um darüber zu wachen, daß die Neuwahlen zur Volksvertretung eine Mehrheit ergeben, die das von Clemenceau geschaffene Friedenswerk verteidigen wird. Er hat sich dahin ausgesprochen, daß er sich an die Spitze des nationalen Blockes stellt, um die Wahlbewegung gegen die äußerste Linke zu führen, d. h. daß er die radikale Partei vollends aufreiben und die Sozialisten vernichten will. Die Kammer hat es nicht gewagt, Clemenceau trotz dieses Glaubensbekenntnisses zu stürzen. Sie war derart überrumpelt, daß selbst Briand es nicht gewagt hat, offen an die Spitze der Opposition zu treten.

Lokal- u. Provinzialnachrichten

Bielefeld, 27. Juli 1919.

— **Lebensmittelverkauf im Landkreise Bielefeld** vom 28. Juli bis 2. August. **1. Nährmittel.** a) Graupen werden ausgegeben in allen Kolonialwarenhandlungen an alle Nährmittelversorgungsberechtigten. Gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 3 erhält jeder ¼ Pfund zu den bekannten Höchstpreisen. — b) Nudeln werden ausgegeben an alle Fettversorgungsberechtigten in derjenigen Butterverkaufsstelle, in der sie eingetragen sind. Gegen Abgabe der Lebensmittelmarke Nr. 14 und Vorzeigen der Kundenkarte erhält jeder ¼ Pfund Nudeln zu den bekannten Höchstpreisen. — **2. Brotaufstrich.** Bei rechtzeitigem Eintreffen erfolgt ab Freitag, den 1. August eine Verteilung von Kunsthonig an die Fettversorgungsberechtigten. Jeder erhält in derjenigen Butterverkaufsstelle, wo er eingetragen ist, gegen Abgabe der neuen Lebensmittelmarke Nr. 4 ½ Pfund Kunsthonig zu ℳ 0,80 für 1 Pfund. — **3. Sonderzuweisungen.** Sämtliche Kranke, Wöchnerinnen und Kinder bis zu drei Jahren erhalten in den bekannten Krankenverkaufsstellen je Person: ½ Pfund Kakao zu ℳ 2,60, 1 Paket Kindergerstenmehl zu 40 Pfg., 1 Paket Keks zu 39 Pfg., 1 Dose kondens. Milch zu ℳ 1,80 gegen Abgabe der vom 21. 7. bis 3. 8. 1819 gültigen Keks- und Puddingpulvermarke. Die Wöchnerinnen erhalten außerdem in den Apotheken des Landkreises, in der Ostapotheke und in den Drogenhandlungen Plaßmann, Brackwede und Dröge, Gellershagen, je Person 1 Tafel 100 Gramm Schokolade zu ℳ 1,75 gegen Vorzeigen des Wöchnerinnenversorgungsscheines. Die Ausgabestellen haben nach Abgabe der Schokolade auf dem Versorgungsschein einen entsprechenden Vermerk zu machen. — **4. Auslandsschweinefleisch!** Auslandsschweinefleisch wird in den Schlachterläden des Stadt- und Landkreises Bielefeld an Hand der Kundenliste an alle Fleischversorgungsberechtigten in sämtlichen Gemeinden ab Mittwoch, den 30. d. M. abgegeben. Es erhält jeder gegen Abgabe der Einfuhrzusatzmarke Nr. 21 125 Gramm Auslandsschweinefleisch zu ℳ 1,10. Die Marken sind am Montag, den 4. August, aufgeklebt hier Zimmer Nr. 15, abzuliefern. — **5. Auslandsweizenmehl!** Alle Brotversorgungsberechtigten erhalten ab Freitag, den 1. August, in den Butterverkaufsstellen gegen Abgabe der Einfuhrzusatzmarke Nr. 25 je Person 400 Gramm Auslandsweizenmehl zu 68 Pfg. — Die Marken sind aufgeklebt hier, Zimmer Nr. 15, abzuliefern.

Der eiserne Wehrmann.

Der eiserne Wehrmann ist von seinem bisherigen Standort am alten Rathause entfernt, weil er dort dem Verwittern allzusehr ausgesetzt war. Er hat auf dem Burghof der Sparenburg unter dem vorhandenen Schutzdach einen geschützten Platz gefunden.

Damit ist Abschied genommen von der Gestalt, die monatelang Ziel und Sammelpunkt eines begeisterten, opferwilligen Volkes, einer hoffnungsfreudigen Jugend war. Nun schaut der kräftige Westfalenwehrmann nicht mehr trotzig um die Rathausecke. An der Seite des Großen Kurfürsten, jenes Mannes, der den Grund legte zu dem einigen Deutschland, welches uns unsere tapferen Wehrmänner in in viereinhalbjährigem blutigen Kampfe einer Welt von Feinden gegenüber erhalten haben, hat er seinen Platz erhalten. Jetzt ist abgetan das Geschlecht der Hohenzollern, deren Taten nicht nur Ausdruck ihres Macht- und Herrschergelüstes war, wie man uns jetzt so gerne belehren möchte, sondern die zum Teil unter größten Schwierigkeiten, unter Kampf, Not und Leiden mit von Liebe glühendem Herzen an dem Gedanken festhielten, ein großes, einiges Reich zu schaffen, welches imstande sei, die Aufgabe zu erfüllen, die ihm die Weltgeschichte zuweist, die Aufgabe, die ihm auch die jetzigen Machthaber zuerkennen, ein Hort des Friedens, die Heimat eines glücklichen Volkes zu sein.

Ob der Weg zu diesem Ziele der richtige war, den die Hohenzollern und ihre besten Staatsmänner gingen, indem sie die wehrhaften Männer um sich sammelten, um den durch mancherlei Kämpfe geeinten Stammesgenossen die Grenzen des Vaterlandes zu schützen und den Produkten ihres Fleißes Absatzmöglichkeit auf dem Weltmarkt zu schaffen, oder ob der Weg der richtige ist, den die neue Regierung gehen will, indem sie erklärt: „Wir verzichten auf die Macht, wir wollen keine Kanonen, keine bis an die Zähne bewaffneten Wehrmänner, wir vertrauen auf das Recht", das muß sich erst noch zeigen.

Das eine steht felsenfest, die Geschichte der Hohenzollern, die Geschichte des deutschen Wehrmannes wurzelt im Herzen des Volkes; erst recht, wenn sich die Hoffnungen erfüllen, die man auf die neue Zeit im Zeichen der Freiheit, des Sozialismus, setzt. Den Grund für das neue Gebäude legten die Hohenzollern und der deutsche Wehrmann. Möchten die beiden nun da oben von der Sparenburg herunter stets auf ein blühendes, freies Bielefeld und Ravensberger Land schauen und möchten die Westfalen ihre Treue und Dankbarkeit den Männern stets bewahren, die des Vaterlandes Bestes suchten.

— **Minden.** (Gemeinnützige Rechtsauskunftsstelle.) Die nächsten Sprechstunden finden statt am Sonnabend, den 2. August, um 12—1 Uhr und 2—4 Uhr; Dienstag und Donnerstag um 10—6 Uhr; in Eisbergen Wirtschaft Fischer, in Blotho Wirtschaft Speyer; in Minden Evangel. Vereinshaus.

□ **Siegen.** Der Bezirksverein gegen den Mißbrauch geistiger Getränke hielt hier seine diesjährige Hauptversammlung ab. Der Verein sucht durch Schriftenverbreitung, Vorträge und Eingaben an Behörden aufklärend zu wirken. Er zählt 78 Einzel- und 3 körperschaftliche Mitglieder. Es wurde beschlossen, dem ältesten Mitgliede, dem im 90. Lebensjahre stehenden Herrn Gewerken Friedrich Stähler in Weidenau, in Anerkennung seines allezeit regen Interesses für die Vereinsbestrebungen ein Dankesschreiben zu senden. Herr Stähler war bis in die letzten Jahre ein regelmäßiger Besucher der Vereinszusammenkünfte. Auf der Hauptversammlung im Jahre 1911 sprach er noch über das Thema: „Sind wir in den letzten 50 Jahren weitergekommen?" Redner beleuchtete an Beispielen aus dem Leben die Größe des Alkoholelendes, konnte jedoch seine gestellte Frage im Blick auf das, was bis dahin geschehen war, mit einem freudigen „Ja" beantworten. Der Vortrag wird den Mitgliedern noch in lebhafter Erinnerung sein. Die Kassenverhältnisse des Vereins sind recht günstig. Außer den laufenden Abgaben an den Hauptverein und den westfälischen Provinzialverband konnten nennenswerte Beihilfen für gemeinnützige Zwecke dem Hauptverein in Berlin zur Verfügung gestellt werden. Möge das neue Geschäftsjahr dem Verein neue Freunde bringen! Anmeldungen nimmt der Vorsitzende, Herr Geh. Med.-Rat Dr. Hensgen, entgegen.

Letzte Nachrichten.

Unsere Gefangenen werden zu Verzweiflungsakten getrieben.

wtb. **Amsterdam,** 24. Juli. Die englischen Blätter melden, die Militärbehörden seien einer gutorganisierten Verschwörung deutscher Kriegsgefangener im Gefangenenlager von Parkhall-Oswestry auf die Spur gekommen, die die Einäscherung einer Anzahl von Baracken der Kriegsgefangenen zum Ziele hatte. Den deutschen Offizieren, die für die Führung ihrer Mannschaften verantwortlich sind, ist eröffnet worden, daß, wenn irgend etwas dergleichen geschehe, keine Erleichterung für die Unterkunft der Gefangenen, deren Baracken zerstört wurden, gewährt werde und daß die Gefangenen im Freien schlafen müßten, solange sie im Lager verbleiben. Seit Unterzeichnung des Friedens seien viele Gefangene widerspenstig geworden und man sei der Ansicht, daß es gut sein werde, den Vorschriften, die sich auf das Verhalten der Gefangenen innerhalb des Gefangenenlagers beziehen, aufs strengste Geltung zu verschaffen und sie, wenn nötig, zu verschärfen. Die Schwierigkeiten werden hauptsächlich den Offizieren der versenkten deutschen Flotte, die von Scapa Flow nach dem Lager gekommen sind, zugeschrieben.

Für den Inhalt verantwortlich: W. Kraa, Bethel. — Druck und Verlag: Druckerei Bethel bei Bielefeld. Fernruf 74, Amt Bielefeld.

Alle für die Redaktion bestimmten Zuschriften sind zu richten nach Bielefeld Schließfach 141. Alles, was die Expedition betrifft, alle Inserate und Geldsendungen an die Geschäftsstelle Missionar Heienbrok, Bethel-Bielefeld. Postscheckkonto 7382 Hannover.

Kaufe nur Dienstag, den 29. Juli von 9—6 Uhr
Alte Gebisse
auch zerbrochene Teile
im Hotel zur Post.
Zahle pro Zahn bis 1, 3 und 5 Mark.
In Gold und Platin höchste Tagespreise.
Fräulein Rüngen.

Preisgekröntes **Lehrbuch der Landwirtschaft** von K. Schlipf 21.—, neubearb. Auflage, 597 Seiten mit 850 Abbild. ℳ 13.35. Der Landwirtschaftslehrling 9.10. Landwirtschaftlicher Ratgeber f. Frauen 4.—. Der Haustierarzt 4.40. Landwirtschaftl. Tierheilkunde 24.20. Der Veterinärgehilfe 4.—. Der Fleischbeschauer 3.75. Der Trichinenschauer 3.—. Tierzuchtlehre 7.—. Rindviehzucht 30.25. Fütterungslehre 4.50. Ernährung des Rindes 2.—. Pferdefütterung 1.65. Pferdekolik 4.—. Schweinezucht 1.60. Schweinefütterung 2.65. Schafzucht 8.—. Düngerlehre 4.75. Einträgl. Gemüsebau 9.70. Einträgl. Feldgemüsebau 4.65. Pilzbuch 3.—. Gartenbuch 5.75 oder 22.—. Gartenkunst 8.50. Kaninchenzucht 3.60. Ziegenzucht 3.60. Geflügelzucht 5.—. Hühnerzucht 2.20. Entenzucht 2.20. Gänsezucht 2.20. Bienenzucht 5.—. 6000 Rezepte zu Handelsartikeln 15.—. Richtig Deutsch 5.75. Rechtschreibung Duden 7.15. Aufsatzschule 5.75. Fremdwörterbuch 5.75. Rechtsformularbuch 5.75. Englisch 5.75. Französisch 5.75. Spanisch 5.75. Polnisch 5.75. Buchführung 5.75. Bankwesen 5.75. Geschäfts- und Privatbriefsteller 5.75. Schönschreibschule 4.—. Zeichenschule 2.—. Guter Ton und feine Sitte 5.75. Mod. Tanzlehrbuch 3.35. Die Gabe der gewandten Unterhaltung 3.20. Gegen Nachnahme **L. Schwarz u. Co., Berlin CS 14 a,** Annenstraße 24.

In neuer Auflage ist soeben erschienen:
Das Buch der Wahrheit
von Prof. Fr. Better. 5. Auflage.
Preis hübsch kart. Mk. 2,— und 10% Teuerungszuschlag. Porto und Verpackung außerdem.
Es ist für viele wieder aufs neue wichtig geworden, sich in all den Wirren unserer Tage in die Wahrheit des Wortes Gottes zu versenken, um Trost und Kraft für kommende schwere Zeiten zu gewinnen. Die Bibel, Gottes unträgliches, unvergängliches Wort voll Gnade und Licht, wird uns in all seiner Herrlichkeit und Erhabenheit lieb gemacht, so daß wir dadurch froh und reich werden und erkennen, daß nur die Wahrheit uns frei machen kann. Durch tiefgegründete Schriftkenntnis und den Reichtum an originellen Gedanken, durch die überlegene Ruhe des Wissenschaftlers und Naturforschers ist Verfasser befähigt, ein sehr wohl geeigneter Führer und Wegweiser durch Zweifelsnot und inneren Zwiespalt zu sein. Allen Wahrheitssuchern empfehlen wir die Schrift dringend. Der niedrige Preis ermöglicht jedem die Anschaffung. Bestellungen richte man an die
Buchhandlung der Anstalt Bethel
Bethel bei Bielefeld.

Die
Buchhandlung der Anstalt Bethel in Bethel b. Bielefeld
möchte allen Lesern des „Aufwärts" gerne durch Besorgung der von ihnen gewünschten Literatur dienen. Sie besorgt nicht nur die von Zeit zu Zeit von ihr und anderen Firmen im „Aufwärts" besonders angezeigten und empfohlenen Bücher, sondern auch jedes andere gewünschte Buch. Um die Leser mit den Neuerscheinungen des Buchhandels bekannt zu machen, sollen in Zukunft vorläufig jeden Sonnabend stets an dieser selben Stelle die neuesten Werke von Bedeutung kurz angezeigt werden und wird um deren freundl. Beachtung und Benutzung höflich gebeten.

Haarausfall, Schuppen
beseitigt sicher
Ernst Weiß' rationelle Haarkur
in Anwendung
Weiß' Haarpflege
Viktoriastr. 10 **Bielefeld** Viktoriastr. 10
Versand nach auswärts.

den 16. 7. 19.
Sehr geehrter Herr Weiß!
„Ich kann nicht umhin, Ihnen den Erfolg von „Weiß Haarkur" zu bestätigen.
Schon lange Zeit litt ich an starkem Haarausfall und Schuppen. Ich gebrauchte schon viele Mittel, um diesen Uebelstand zu beseitigen. Doch alles, obwohl sehr kostspielig, blieb erfolglos.
Seit kurzer Zeit, wo ich bei Ihnen in Behandlung bin, und die „Weiß Haarkur" durchmache, kann ich jetzt schon zu meinem Erstaunen von einem Erfolg sprechen. Die Schuppen sind völlig verschwunden und der Haarausfall beseitigt. Auch zeigt sich schon auf den kahlen Stellen junges, neues Haar. Ich zweifle nicht, wenn ich meine Kur bei Ihnen verlängere, wieder in den Besitz meines vollen Kopfhaares gelange. Ich werde nicht versäumen, jedermann, der an starkem Haarausfall und lästigen Kopfschuppen leidet, „Weiß Haarkur" zu empfehlen.
Ich rate einem jeden, nicht wie ich gleichgültig über vorerwähntes hinwegzusehen. Die Reue kommt dann in den meisten Fällen zu spät. Denn je früher, je größer wird der Erfolg sein.
Mit vorzüglicher Hochachtung
H. I.....

Sie müssen unbedingt lesen:
Das Jenseits,
eine gläubige Erfahrungswissenschaft, kein Phantasieprodukt. Mk. 2,75 franko Voreinsendung oder Mk. 3,— Nachnahme.
Blank exz-Versandbuchhandlung
Paul-Enigk, Prenzlau.

Wir suchen verkäufl. Häuser
behufs Unterbringung an vorgemerkte Käufer. Angebote a. d. Verlag **Verkaufs-Markt Elberfeld,** Mühle Str. 19.

Untersekundaner
(16½ J.), ges. und kräftig, mit Garten- und Bureauarbeit vertraut, sucht für 5—6 Ferienwochen Beschäftigung auf einem Gut gegen freie Station. Gefl. Angeb. an Buchhändler **Stamm,** Bethel b. Bielefeld

Matten
sind wieder vorrätig bei
Adolf Mühlenweg, Bielefeld.

Kirchliche Nachrichten.

Zionsgemeinde. Sonnabend abend 7 Uhr: Beichte: P. Greve. Sonntag vorm. 8½ Uhr: Miss. Döring. 9 Uhr: P. Johannsen, a. schl. Feier des hl. Abendmahls 10 Uhr: P. W. v. Bodelschwingh. — Nachm. 1½ Uhr: Kindergottesdienst. Abends 7 Uhr: P. Fritz v. Bodelschwingh. — Donnerstag 7½ Uhr: P. Wolf. **Landeskirchl. Gemeinschaft.** Lerchenstr. 31 (Hinterhaus). Jeden Sonntag abend 8 Uhr: Evangelisation. Jeden Sonnt. nachm. 2 Uhr: Sonntagsschule. Jeden Donnerstag abend 8 Uhr: Bibelstunde.
W. Wolf.